

Auszug aus dem Protokoll

| Sitzungsdatum | Traktandum | Beschlussnummer | Geschäftsnummer | Ordnungsnummer |
|---------------|------------|-----------------|-----------------|----------------|
| 24.06.2020 | 14 | 0 | 754 | 00.06.04 |

Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen heizt zunehmend klimaneutral: dank verstärkter Biogas-Nutzung in der Gasversorgung, CO₂-Kompensation und weiteren Massnahmen"; Erheblicherklärung

Ausgangslage

Am 26. Februar 2020 wurde folgende Motion eingereicht:

Erstunterzeichner/in: Bruno Vanoni (GFL)

Mitunterzeichnende: Beat Koch (GFL), André Tschanz (EVP), Peter Kofel (GFL), Michael Fust (SP), Kornelia Hässig (SP), Andreas Buser (glp), Stefan Stock (FDP), Karin Walker (EVP), Hans-Jörg Rhyn (SP), Patricia Zangger (SP), Philip Steiner (SP), Annette Tichy (parteilos/GFL)

"Antrag

Der Gemeinderat wird beauftragt, zur Senkung der Klimabelastung durch die Gasversorgung folgende Massnahmen zu prüfen, in eigener Kompetenz umzusetzen bzw. -soweit erforderlich -dem Grossen Gemeinderat zu beantragen:

- 1. Die Gemeinde Zollikofen deckt den Gasverbrauch ihrer eigenen Liegenschaften mit einem erhöhten Anteil Biogas und leistet für die allenfalls verbleibende Klimabelastung freiwillige Zahlungen zur CO₂-Kompensation andernorts.*
- 2. Gemeindebehörden und -verwaltung setzen sich dafür ein, dass in Zollikofen verwendete Fernwärme möglichst vollständig klimaneutral produziert wird, indem die mit Gas erbrachte Spitzenleistung in der Heizzentrale mittels Biogas erbracht und/oder mittels CO₂-Kompensation neutralisiert wird.*
- 3. Die Gemeinde Zollikofen motiviert alle Gasbeziehenden in Zollikofen mittels regelmässiger Information und aktiver Beratung zum vermehrten Bezug von Biogas und/oder zur CO₂-Kompensation durch die entsprechenden Angebote der Gasversorgung.*
- 4. Die Gemeinde Zollikofen entwickelt im Rahmen der periodischen Erfolgskontrolle und Weiterentwicklung des Richtplans Energie eine Strategie, um bis spätestens 2050 eine möglichst vollständig klimaneutrale Gasversorgung zu erreichen.*

Begründung

«Der Gemeinderat anerkennt die Bestrebungen, den CO₂-Ausstoss zu reduzieren. Er agiert auf Gemeindeebene mit diesem Bewusstsein.» Mit dieser Aussage hat sich der Gemeinderat in Antworten auf parlamentarische Vorstösse innert Jahresfrist mehrfach zum Klimaschutz bekannt. In dem 2016 behördenverbindlich beschlossenen Richtplan Energie hat er darauf hingewiesen, dass «die bestehende Gasversorgung» in Zollikofen ein «Hemmnis» ist auf dem Weg zum Ausstieg aus den klimaschädigenden fossilen Energien und zum Umstieg auf klimaschonende erneuerbare Energie.

Konkret belastet die Gasversorgung in Zollikofen gemäss Richtplan-Erläuterungsbericht (S. 15) das Klima mit jährlich 12'300 Tonnen Treibhausgasen. Pro Einwohner/-in entspricht dies jährlich ca. 1,2 Tonnen CO₂. Zum Vergleich: Gemäss der Klimaschutz-Stiftung myclimate dürften pro Person insgesamt (also für Heizung, Verkehr und alle anderen Bereiche) nicht mehr als jährlich 0,6 Tonnen CO₂ verursacht werden, wenn der Klimawandel aufgehalten werden soll. Im Richtplan-Bericht und seinem

Massnahmenblatt M13 hat der Gemeinderat die Möglichkeit angedeutet, dass die schlechte Klimabilanz der Gasversorgung durch den Umstieg von Erdgas auf Biogas verbessert werden kann.

Das Unternehmen ewb (Energie Wasser Bern), das in Zollikofen die Gasversorgung und als Contractor auch den Wärmeverbund Nord betreibt, hat in letzter Zeit einige Schritte in Richtung klimaneutraler Gasversorgung unternommen bzw. angekündigt. Im Standardprodukt für Tarifikunden sind seit Anfang 2019 10 % Biogas enthalten; ab April 2020 ist eine Erhöhung auf 25 % geplant. Zusätzlich wird den Tarifikunden die Möglichkeit geboten, einen erhöhten Biogas-Anteil zu beziehen (zurzeit 30 %, ab April 50 % oder - schon bisher und auch in Zukunft - 100 %). Grosskunden (zu denen auch der Wärmeverbund Nord gehört) können jährlich bestimmte Mengen Biogas einkaufen. Nach Auskunft von ewb machen keine Grosskunden in Zollikofen von dieser Möglichkeit Gebrauch, und von den Tarifikunden in Zollikofen weigert sich ein beträchtlicher Teil hartnäckig, ein ewb-Produkt mit Biogas zu beziehen: Schlimmer noch: Der Gasbezug durch Tarifikunden, die ganz bewusst ausschliesslich klimaschädigendes Erdgas beziehen, ist in den letzten drei Jahren noch angestiegen. Dies läuft der Entwicklung diametral zuwider, die der Gemeinderat gemäss Massnahmenblatt M13 eigentlich anstrebt.

Auch deshalb ist es jetzt höchste Zeit, dass die Gemeinde Zollikofen aktiv eine Trendwende in Richtung klimaneutraler Gasversorgung einleitet und mit gutem Beispiel vorangeht. Dazu deckt sie den Wärmebedarf ihrer eigenen Liegenschaften (Verwaltungsgebäude, Schulliegenschaften und gemeindeeigene Wohnhäuser), soweit Gas involviert ist, künftig möglichst vollständig mittels Biogas (Motionsforderung 1). Sie wählt dazu das entsprechende ewb-Produkt für Tarifikunden und/oder kauft entsprechende Mengen direkt bei ewb ein. Die Gemeinde Muri b. Bern hat sich bereits für diesen Weg entschieden: Gemäss Mitteilung des Gemeinderats vom 15.8.2019 bezieht sie seit 1.1.2020 für den Wärmebedarf der gemeindeeigenen, mit Gas beheizten Liegenschaften 50 % Biogas, was 300 Tonnen CO₂ pro Jahr erspart. Bis 2024 soll der Biogas-Anteil auf 100 % gesteigert werden. In Zollikofen entspricht die angestrebte vollständige Umstellung des Gemeindeverbrauchs von Erdgas auf Biogas der Umstellung des gemeindeeigenen Strombezugs auf Ökostrom, die der Grosse Gemeinderat 2011 mit der Zustimmung zu einer Motion beschlossen hat. Die anfallenden Mehrkosten können innerhalb der jährlich über 110'000 Franken aufgefangen werden, welche die Gemeinde via ewb-Konzessionsabgabe gewissermassen an der Gasversorgung «verdient».

Für Gasbeziehende, die nicht 100 % Biogas beziehen wollen, bietet ewb die Möglichkeit der CO₂-Kompensation an: Für die CO₂-Emissionen, die durch die weitere Verwendung von Erdgas verursacht werden, können Zahlungen an die Stiftung myclimate geleistet werden; diese sorgt durch entsprechende Investitionen dafür, dass andernorts entsprechend weniger CO₂ anfällt (beispielsweise dank Investitionen in kleine Biogas-Anlagen in Indien). Die vollständige Kompensation des Pro-Kopf-Gasverbrauchs in Zollikofen kostet gemäss myclimate jährlich rund 40 Franken bei Kompensation ausschliesslich im Ausland, rund 120 Franken bei hälftiger Kompensation in der Schweiz. Freiwillige Kompensationszahlungen an myclimate können von den Steuern abgezogen werden.

Durch Beratung und aktive Information den Umstieg auf Biogas und andere erneuerbare Energie zu fördern, ist gemäss Massnahmenblatt 13 des Richtplans Energie eine Daueraufgabe für die Gemeindebehörden. Die entsprechenden Bemühungen sind zu verstärken. Wo dem Umstieg auf Biogas aus welchen Gründen auch immer Grenzen gesetzt sind, ist im Interesse des Klimaschutzes als valable Alternative die CO₂-Kompensation zu propagieren (Motionsforderung 3). Entsprechende Bemühungen sind umso dringender, als die vorhandenen Möglichkeiten zu erhöhtem Biogas-Bezug in Zollikofen bisher nur wenig genutzt werden: Bloss 2,5 % des Gases, das Tarifikunden in Zollikofen in den letzten drei Jahren bezogen, wiesen 30 statt nur 10 % Biogas auf. Gar nur für 0,7 % des Gasabsatzes bei Tarifikunden war 100 % Biogas gebucht. Weil viele Tarifikunden und alle Grosskunden in Zollikofen bisher kein Biogas beziehen wollten, beruhte die Gasversorgung Zollikofens im Jahr 2018 nur zu 5 % auf Biogas. Die Möglichkeit zur finanziellen CO₂-Kompensation wird laut Auskunft von ewb in Zollikofen bisher überhaupt nicht genutzt.

Als Mitnutzerin bzw. Promotorin von Wärmeverbänden, die neben Holz für Spitzenbelastungen auch Gas einsetzen, macht sich die Gemeinde mitverantwortlich, wenn diese weiterhin ausschliesslich Erdgas nutzen, statt mittels Umstieg auf Biogas weitestgehend klimaneutrale Fernwärme zu produzieren. Die Gemeinde sollte deshalb ihren Einfluss geltend machen, damit auch Fernwärme künftig weitestgehend klimaneutral produziert wird - oder damit zumindest differenzierte Tarife geschaffen werden, damit die einzelnen Fernwärme-Beziehenden die gleichen Wahlmöglichkeiten erhalten wie die Tarifikunden der Gasversorgung (Motionsforderung 2). Dies ist umso wichtiger, als mit dem Anschluss

der Schäferei-Überbauung an den Wärmeverbund Nord bzw. dessen Vollausslastung der mittels Erdgas produzierte Wärmeanteil von 12 auf 40 % steigen wird. Die Gemeinde sollte sich auch dafür einsetzen, dass der entstehende Wärmeverbund Unterzollikofen den Anforderungen des Klimaschutzes von Anfang an vollumfänglich Rechnung trägt.

Bei all den geforderten Bemühungen im Bereich der Gasversorgung soll nicht übersehen werden, dass Ölheizungen noch klimaschädigender sind. Gemäss Richtplan wird in Zollikofen etwa die Hälfte der benötigten Wärmeenergie aus Erdöl gewonnen, was das Klima bisher mit jährlich gegen 20'000 Tonnen Treibhausgasen belastet hat. Der Vollständigkeit halber sei darauf hingewiesen, dass neuerdings im Handel auch CO₂-Kompensationen für Heizöl-Lieferungen angeboten werden - eine Handlungsmöglichkeit, die wenigstens als Übergangslösung bis zum altersbedingten Ersatz einer Ölheizung sinnvoll sein kann. Grundsätzlich sind im übergeordneten Recht des Bundes und des Kantons zunehmend Vorschriften zu erwarten, die langfristig zum weitgehenden Verschwinden von Ölheizungen aus Zollikofen führen werden.

Bei der Gasversorgung hingegen ist keine solche Entwicklung in Sicht. Im Richtplan Energie hat der Gemeinderat vielmehr angekündigt, dass zumindest im Zeitraum bis 2035 das bestehende Gasnetz «weiter genutzt und wo sinnvoll verdichtet werden» soll. Angesichts dieser Perspektive ist es umso wichtiger, dass zunehmend Biogas genutzt wird und verbleibende CO₂-Emissionen kompensiert werden.

Die bevorstehende erste Erfolgskontrolle des Energie-Richtplans von 2016 - gemäss Massnahmenblatt M15 sind Zielerreichung und Fortschritt «im Abstand von vier Jahren» zu überprüfen - bietet eine Gelegenheit, frühzeitig mit der Entwicklung einer langfristigen Strategie für eine fossilfreie und somit klimaneutrale Gasversorgung zu beginnen (Motionsforderung 4). Entsprechender Handlungsbedarf ist beispielsweise im Mai 2019 im neuen Energie-Richtplan von Ostermundigen ausdrücklich anerkannt worden: «Die Gemeinde strebt einen geordneten Ausstieg (CO₂-Neutralität 2050) aus der Wärmeversorgung mit Gas an. Dieser muss bereits heute angegangen werden, da es sich um eine langlebige Infrastruktur handelt.»

Anmerkung:

ewb bezieht sein Biogas mehrheitlich von der ara bern. Weitere Mengen stammen aus europäischen Biogasanlagen. Das produzierte Biogas stammt ausschliesslich aus Klärschlamm und organischen Abfällen wie Grüngut und Speiseresten. Das (künftig zusätzlich benötigte) ausländische Biogas erfüllt die gleichen Qualitätsanforderungen wie Schweizer Biogas; es wird in einem Register geführt, das eine doppelte Vermarktung des ökologischen Mehrwerts verhindert. ewb interessiert sich für Biogas aus landwirtschaftlichen Anlagen und war bereits mit mehreren Bauern im Kontakt, aber bisher ist noch keine Kooperation zustande gekommen. (Quelle: www.ewb.ch und direkt eingeholte Auskünfte)"

Antwort

Formelles

Bei der vorliegenden Motion handelt es sich teilweise (Antrag Nr. 2 - 4) um eine sogenannte Richtlinienmotion im abschliessenden Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats gemäss Art. 49 Abs. 2 der Gemeindeverfassung und Art. 35 Abs. 2 und 3 der Geschäftsordnung des Grossen Gemeinderats. Der Gemeinderat hat bei Richtlinienmotionen einen recht grossen Spielraum in der Umsetzung. Entscheidung und Verantwortung bleiben beim Gemeinderat.

Antrag 1, Liegenschaften der Gemeinde

Die Gemeinde Zollikofen hat in den letzten Jahren die Gasheizungen in gemeindeeigenen Liegenschaften konsequent durch umweltfreundlichere Systeme ersetzt.

Wärmeverbund: Sekundarschule, Schulhäuser Zentral, Wahlacker und Türmli, Turnhalle
Altes Lehrerhaus (JUFO)
Kindergärten Häberlimatte als Ersatz für Kindergärten Lindenweg

Wärmepumpe: Gemeindeverwaltung

Pellets: Buchsweg 8

Zudem konnte das ehemalige Betagtenheim an der Wahlackerstrasse 5 als grösster Verbraucher vom Gasnetz getrennt werden.

Die übrig gebliebenen Gasheizungen haben einen Jahresverbrauch von 450 bis 500 MWh. Der Einkauf von Biogas würde zu jährlichen Mehrkosten von rund Fr. 7'600.00 bei 25 % bis zu Fr. 30'700.00 bei 100 % Biogas führen.

| Anteil Biogas | | 25% | 50% | 100% |
|--|-------------------------|---------------------------------------|------------------|------------------|
| Mehrpreis in Rp pro kWh (Stand 1. April 2020) | | 1.62 | 3.26 | 6.51 |
| Liegenschaft | Verbrauch in kWh | Mehrkosten in Fr. (inkl. MWST) | | |
| Kindergarten Kläyhof | 27'600 | 447.12 | 899.76 | 1'796.76 |
| Schulanlage Geisshubel | 182'100 | 2'950.02 | 5'936.46 | 11'854.71 |
| Schulanlage Steinibach | 139'500 | 2'259.90 | 4'547.70 | 9'081.45 |
| Kindergarten Steinibach | 29'600 | 479.52 | 964.96 | 1'926.96 |
| Bernstrasse 90 | 61'200 | 991.44 | 1'995.12 | 3'984.12 |
| Kindertagesstätte | 32'000 | 518.40 | 1'043.20 | 2'083.20 |
| Total | 472'000 | 7'646.40 | 15'387.20 | 30'727.20 |
| Anteil Biogas | 0% | 25% | 50% | 100% |
| CO ₂ Emissionen in Tonnen | 132 | 99 | 66 | 0 |
| CO ₂ Kompensation in Fr. | 3'776.00 | 2'832.00 | 1'888.00 | |
| (in Klimaschutzprojekte in Entwicklungs- und Schwellenländer gemäss myclimate) | | | | |
| Total inkl. CO₂-Kompensation | | 10'478.40 | 17'275.20 | 30'727.20 |

Der Gemeinderat erachtet die bisherige Praxis als zielführender und beabsichtigt auch bei zukünftigem Heizungsersatz auf einen umweltfreundlicheren Energieträger umzusteigen. In den betroffenen Liegenschaften stehen diese Erneuerungen in den nächsten Jahren ohnehin an.

Antrag 2, Fernwärme

Die Betreiber der Wärmeverbände sind grundsätzlich frei in der Ausgestaltung ihres Betriebs und legen damit auch den allfälligen Anteil von Biogas selber fest. Die Gemeinde hat keine direkte Einflussmöglichkeit. Auch die Tarifgestaltung ist die Angelegenheit der Betreiber.

In Gesprächen der Betreiber mit der Gemeinde wurde aber durchaus zum Ausdruck gebracht, dass die Thematik verfolgt wird und nach Möglichkeit Biogas eingesetzt wird. Konkrete Absichten sind aber noch nicht bekannt gegeben worden. Die Gemeinde wird die Entwicklung weiterhin verfolgen und sich für eine möglichst umwelt- und klimaschonende Wärmeproduktion einsetzen. Verbindliche Auflagen können aber nicht gemacht werden.

Mit dem Anschluss der Schäferei hat der Wärmeverband Nord noch nicht die obere Systemgrenze erreicht und der Gasanteil wird dadurch nicht auf 40 % ansteigen.

Antrag 3, Information

Das Gasnetz ist im vollständigen Besitz von ewb und steht in der Konkurrenz zu anderen Wärmeanbietenden in Zollikofen. Die Gemeinde darf deshalb nicht direkt auf Kunden eines bestimmten Wärmeträgers Einfluss nehmen.

Die Gemeinde kann jedoch die Bevölkerung allgemein zum Thema Gasheizung und CO₂-Neutralität informieren. Dies wird im Rahmen der Informationen zu Energie und Umwelt (Massnahmeblatt M13 Richtplan Energie) erfolgen.

Antrag 4, Richtplan Energie

Der Fokus beim noch relativ "jungen" Richtplan Energie liegt auf der Umsetzung der konkreten Massnahmen und der Erreichung der formulierten Ziele. Der Gemeinderat sieht es nicht angezeigt, bereits neue Ziele und Strategien auszuarbeiten.

Fazit

Der Gemeinderat lehnt die verbindlichen Forderungen der Motion ab. Er ist aber auch bei der Gasversorgung bereit, die Rolle der Gemeinde hin zu einer umwelt- und klimaschonenderen Wärmeproduktion mittels Information und Koordination aktiver wahr zu nehmen.

Antrag Gemeinderat

Die Motion Bruno Vanoni (GFL) und Mitunterzeichnende betreffend "Zollikofen heizt zunehmend klimaneutral: dank verstärkter Biogas-Nutzung in der Gasversorgung, CO₂-Kompensation und weiteren Massnahmen" wird nicht erheblich erklärt.

Beratung

Bruno Vanoni (GFL): Auch das ist ein Vorstoss aus der überparteilichen Klimagruppe und auch für diesen Vorstoss würde ich gerne eine punktweise Abstimmung beantragen. Ich weiss nicht, ob ihr am 17. Juni, vor einer Woche, auch eine persönliche E-Mail bekommen habt mit einer Mitteilung des Verbands der Schweizer Gasindustrie, mit Hinweisen auf die neusten Entscheide des Verbands, dem auch die ewb, also der Gaslieferant von Zollikofen, angehören.

In der Mitteilung hiess es: "Die Schweizer Gaswirtschaft unterstützt das Netto-Null-CO₂-Ziel 2050 des Bundesrats." Und weiter: "Die Branche hat sich das Ziel gesetzt, die Gasversorgung bis 2050 CO₂-neutral auszurichten." In der Motion geht es um nichts anderes, als dass wir in Zollikofen, wo es eine starke Gasversorgung gibt, uns frühzeitig auf die Entwicklung einstellen und, im ersten Punkt der Motion, als Gemeinde mit gutem Beispiel vorangehen. Diese Vorbildrolle ist nichts Neues. Vor 9 Jahren hat der GGR auf Antrag des Gemeinderats ein Motion angenommen und damit beschlossen, dass die Gemeinde den Strombedarf für die eigenen Liegenschaften und die öffentliche Beleuchtung ohne Atomstrom deckt, also nur noch Ökostrom kauft. Und dafür hat man auch Mehrkosten in Kauf genommen. Was in der Stromversorgung Ökostrom ist, ist in der Gasversorgung Biogas. Punkt eins der Motion verlangt, dass die Gemeinde ihren Gasverbrauch mit einem erhöhten Anteil von Biogas deckt. Sie lässt offen, wie hoch der Biogas-Anteil sein soll.

Der Gemeinderat lehnt diese Forderung ab mit der Begründung, er habe etliche Gasheizungen durch umweltfreundlichere Systeme ersetzt und wolle das "in den nächsten Jahren" auch bei den verbleibenden Gasheizungen tun. Dazu zwei Bemerkungen: Erstens, auch die Wärme aus dem Wärmeverbund wird zu einem Teil (ca. 20 % oder mehr) aus Gas hergestellt. Auch dieser klimaschädigende Anteil könnte kompensiert werden. Und zweitens, ist die Absichtserklärung ja löblich, dass die verbliebenen Gasheizungen in Zukunft auch noch durch umweltfreundlichere Energieträger ersetzt werden soll. Aber, diese gute Absicht schliesst nicht aus, dass in der Übergangszeit, bis es so weit ist, vermehrt Biogas statt Erdgas bezogen wird. Ich bitte euch deshalb, dem ganz konkreten ersten Punkt der Motion zuzustimmen. Es ist wichtig, dass wir als Energiestadt hier ein vorbildliches Zeichen setzen, gerade jetzt, wo es offenbar in Zollikofen noch nicht selbstverständlich ist, dass man von Erdgas weg sollte. Wir haben das ja letztes Mal im GGR schon gehört, dass die Linckweg-Überbauung eine neue Gasheizung einbaut, statt sich dem Wärmeverbund Unterzollikofen anzuschliessen.

Punkt zwei der Motion ziehen wir zurück, da die Handlungsmöglichkeiten der Gemeinde gemäss Antwort des Gemeinderats äusserst beschränkt und bereits ausgeschöpft sind. Wir hoffen allerdings, dass Betreiber der Wärmeverbünde auch Wort halten und den Einsatz von Biogas weiterverfolgen, wie sie es im Gespräch mit der Gemeinde offenbar versprochen haben.

Punkt drei der Motion verlangt eigentlich nichts anderes, als der Gemeinderat gemäss seiner Antwort beabsichtigt: Er will die Bevölkerung (und dazu gehören auch die Kunden der Gasversorgung) über das Thema Gasheizung und CO₂-Neutralität informieren. Mit solchen Informationen kann auch ein Beitrag geleistet werden zur Verbesserung im Energiestadt-Bereich "Kommunikation und Koordinati-

on", wo das letzte Audit für Zollikofen noch grossen Handlungsbedarf ergeben hat. Ich bitte euch also auch um Zustimmung zum Punkt drei.

Und auch Punkt vier sollte eigentlich eine Selbstverständlichkeit sein, nach dem, was die Gasversorger ohnehin vorhaben. Der Gemeinderat hat völlig recht, dass er den Schwerpunkt beim Richtplan Energie auf die Umsetzung der konkreten Massnahmen und der formulierten Ziele setzen will. Aber leider ist schon beim Beschluss des Richtplans festgestanden, dass mit den vorgesehenen Massnahmen die formulierten Ziele gar nicht erreicht werden können. Das Ziel wäre, gemäss Richtplan Behördenverbindlichkeit: die Wärmeenergie bis 2035 zu mindestens 70 % aus erneuerbarer Energie zudecken und - die vorgesehenen Massnahmen im Richtplan reichen nicht einmal für 50 %. Mittlerweile hat der Bundesrat die Latte noch höher gelegt: bis 2050 die ganze Energieversorgung 100 % klimaneutral.

Der Richtplan Energie verbietet zusätzliche Anstrengungen der Gemeinde nicht. Und das Controlling wird zeigen, dass zusätzliche Massnahmen nötig sind. Bitte stimmt deshalb auch dem Punkt vier zu, damit wir uns in Zollikofen auf dem Weg zu Netto-Null-CO₂ besser auf dieses Ziel ausrichten können.

Hans-Jörg Rhyn (SP): Vorab noch der Hinweis, dass ich nicht der GFL-Fraktion angehöre, wie das beim Bericht und Antrag beim Aufzeigen der Mitunterzeichnenden erwähnt ist. Aber auch als Mitglied der SP-Fraktion unterstütze ich natürlich, wie alle anderen von uns, jede konkrete Massnahme, welche zur Reduktion der Klimaerhitzung beiträgt. Der wesentliche Punkt dieser Motion ist der Antrag eins. Das Heizen der Gemeindeliegenschaften mit einem höheren Teil Biogas anstatt Erdgas kann rasch und einfach eingeführt werden. Es würde zudem allen bisherigen Absichtserklärungen des Gemeinderats und dem Energierichtplan entsprechen. Wir anerkennen, dass die Gemeinde schon viele Gebäude konsequent auf umweltfreundlichere Heizsysteme umgerüstet hat. Gerade darum sollte dort, wo vorläufig und wohl für längere Zeit noch Gas zum Einsatz kommt, ebenso konsequent auf Biogas umgestellt werden. Auch wenn das etwas mehr kostet. Die Zusatzkosten von rund Fr. 30'000.00 pro Jahr bei 100 % Biogas haben mehrere positive Effekte: Sie fördern das Biogas als Wärmequelle, sie ersetzen sofort das klimaschädliche Erdgas und sie dokumentieren die Vorbildfunktion der Gemeinde. Im Übrigen würden sich die jährlichen Betriebskosten reduzieren, bei jedem künftigen Heizungsersatz, mit Wechsel auf ein anderes, noch umweltfreundlicheres System. Als Gegenfinanzierung könnten eventuell doch den Biogas-Zusatzkosten, wenn auch indirekt, die ewb Konzessionsentnahmen gegenübergestellt werden. Die Idee ist gar nicht so schlecht. Ein Teil davon würde damit in Zukunft sachgerecht für einen klimapolitisch sinnvollen Zweck eingesetzt. Auf eine finanzielle CO₂-Kompensation irgendwo ausserhalb der Gemeinde oder gar im Ausland sollte man aber aus unserer Sicht besser verzichten. Der Einkauf von 100 % Biogas als Brennstoff ist einfacher, direkt wirksam und unter Kontrolle der Gemeinde. Punkt eins der Motion sollte also auf jeden Fall überwiesen werden. Punkt zwei wurde soeben zurückgezogen. Die Punkte drei und vier betreffen den Zuständigkeitsbereich des Gemeinderats. Er befindet in diesem Bereich selber über die Opportunität und die Möglichkeit, auf Energielieferanten und Kunden Einfluss zu nehmen. Und er signalisiert ja, im Sinn der Motion zu handeln, dort wo dies möglich ist und soweit die Partner kooperativ mitspielen. Genau darum sollten wir als Parlament dem Gemeinderat den Rücken stärken und die Motion als Ganzes überweisen, im Bewusstsein, dass bei einzelnen Anliegen die Art der Ausführung so oder so in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Die SP-Fraktion stimmt der Motion Vanoni zu und hofft, liebe Ratskolleginnen und -kollegen, dass ihr ebenfalls mithelft, eine konkrete Massnahme gegen die Klimaveränderung zu realisieren. Merci.

Marcel Remund (FDP): Das in der Motion formulierte Ziel einer möglichst klimaneutralen Gasversorgung in Zollikofen bis 2050 ist ambitiös. Ich kann nicht beurteilen, ob dies realistisch ist. Es ist jedoch fraglich, ob durch zusätzliche Mehrausgaben und Aktionismus auf Gemeindeebene das löbliche Ziel erreicht werden kann. Die Bundesgesetzgebung sieht ein vielfältiges Instrumentarium an Förder- und Steuerungsmassnahmen vor. Die Gemeinde Zollikofen ersetzt ausserdem laufend bei gemeindeeigenen Liegenschaften Gasheizungen durch umweltfreundlichere Systeme. Es wird also einiges getan. Diesen pragmatischen zielführenden Weg gilt es weiterzugehen. Statt Gemeindepropaganda zugunsten von Biogas und CO₂-Kompensation zu betreiben ist es besser, private Innovation auch im Umweltbereich zu ermöglichen. Die FDP-Fraktion wird der Motion nicht zustimmen.

GPK-Sprecher René Ritter (SVP): Mit dem Biogas ist es so eine Sache. Der Stand der Technik ist eigentlich der, dass Biogas heute direkt am Entstehungsort verstromt wird. Weil sich Strom viel einfa-

cher transportieren lässt als Gas. Für die Produktion von hochwertigem Biogas, welches für die Einleitung in die Gasversorgung geeignet ist, so genanntes Biometan, wird externe Zufuhr von Energie benötigt, um das CO₂ zu entfernen, welches etwa ein Drittel am Rohgas ausmacht. Im Fall der Produktion der ARA der Stadt Bern stammt diese Energie aus der Kehrrechtverbrennungsanlage und geht bei der Fernwärme ab. Grösster Bezüger dieses Gases ist BernMobil für den Betrieb der Gas-Busse. Dies war politisch so gewollt. Leider hat sich herausgestellt, dass dieses Gas mit erheblichem Energie-Aufwand verflüssigt und auf Minustemperaturen herunter gekühlt werden muss, damit die Tanks ausreichend gefüllt werden können, damit ein Gas-Bus eine Einsatztour überstehen kann. Aus diesem Grund werden diese Busse nach und nach durch Hybrid und Elektromodelle ersetzt. Wegen dieser Fehlplanung sucht man jetzt neue Abnehmer für das Biogas aus der ARA. Zollikofen ist Aktiönärgemeinde der KEWU. Die Bevölkerung hat über die Gebühren bereits viel in Biogas investiert. Für 12 Mio. Franken wurde eine Anlage gebaut, welche einen bescheidenen Ertrag von etwa Fr. 300'000.00 aus dem Stromverkauf liefert. Wir sehen keine Zukunft in der Biogas-Einspeisung ins Gasnetz und folgen dem Antrag des Gemeinderats.

Andreas Buser (gip): Beim Antrag eins werde ich für die Erheblicherklärung stimmen. Wenn wir hier innen einerseits die Motion, welche das Energiestadt-Goldlabel anstrebt erheblich erklären, aber die noch am Gasnetz angeschlossenen Gemeindeliegenschaften weiterhin mit Erdgas heizen möchten, wäre das aus meiner Sicht inkonsequent. In der Übergangszeit, bis man auch bei den verbleibenden Liegenschaften auf klimafreundlichere Energieträger umgestellt hat, sollte dort am liebsten 100 % Biogas, alternativ ein Teil davon auch CO₂-kompensiertes Erdgas, bezogen werden. Zuhause habe ich, bis zu einem Ersatz der Gasheizung, auf 100 % Biogas umgestellt. Im Unterschied dazu hätte ein Umstieg bei den Gemeindeliegenschaften das Potential, durch die Vorbildfunktion und entsprechenden Informationen im MZ, Private und Firmen für eine analoge Umstellung zu gewinnen.

Damit wären wir auch gleich beim Antrag drei. Die Information über einen Umstieg auf Biogas bzw. die CO₂-Kompensation bei den Gemeindeliegenschaften wäre schon mal ein erster Schritt zur Erfüllung dieses Punkts. In der Kategorie "Kommunikation, Kooperation" kommt Zollikofen laut dem letzten Energiestadt-Reaudit auf weniger als 50 %, d. h., dort erfüllt die Gemeinde nicht einmal das Kriterium für das normale Energiestadt-Label. Mit anderen Worten, "dort ist schon mehr Engagement gefragt". Auch beim vierten Antrag werde ich für die Erheblicherklärung stimmen.

Beschluss

Punktweise Beschlussfassung:

- Antrag 1 "Liegenschaften der Gemeinde" wird erheblich erklärt (18 Ja, 17 Nein).
- Antrag 2 "Fernwärme": *zurückgezogen*.
- Antrag 3 "Information" wird erheblich erklärt (19 Ja, 18 Nein).
- Antrag 4 "Richtplan Energie" wird nicht erheblich erklärt (17 Ja, 20 Nein).